

Neue

# Freie

Zeitung

Nr. 8 · Donnerstag, 22. Februar 2018

€ 0,80

Österreichische Post AG  
WZ 020302878 W  
Neue Freie Zeitung (NFZ), Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a,  
A-1080 Wien · Tel.: 01 512 35 35 0 · Fax: 01 512 35 359  
Retouren an Postfach 100, 1950 Wien

## Grünes Chaos zum Busverkehr in Salzburg

Alleine wird das Online-Buchungssystem für Reisebusse die Anzahl der Busfahrten innerhalb der Stadt Salzburg kaum verringern. FPÖ-Klubobmann Andreas Reindl fordert daher die Verlagerung des Busterminals aus der Paris-Lordron-Straße auf das Messegelände.

S. 13



Foto: FPÖ Salzburg

# Wozu brauchen wir diesen ORF noch?

FPÖ drängt auf eine Reform und die Abschaffung der Zwangsgebühren

S. 2/3



### PARLAMENT

#### Grenzkontrollen

FPÖ-Innenminister Herbert Kickl hat sich bei seinem Besuch in München mit CSU-Innenminister Joachim Herrmann auf eine Verlängerung der Grenzkontrollen geeinigt. Für Autofahrer soll es Erleichterungen geben, um die täglichen Staus zu beenden.

S. 6

### AUSSENPOLITIK

#### Sicherheitsdilemma

Das Dilemma in der EU-Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigt die Müncher Sicherheitskonferenz. Es zeigte sich einmal mehr, dass die führenden Vertreter der EU noch immer keinen für alle akzeptablen Plan zur Lösung der Problems haben

S. 8/9

### WIEN

#### Wohnen wird teurer

Die Kosten im Wohnungsbau steigen weiter an. Der Baukostenindex legte im Jänner um 2,9 Prozent gegenüber 2017 zu. FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp fordert von der Stadt Wien Maßnahmen zur Sicherstellung von leistbarem Wohnraum.

S. 11

### MEDIEN

#### Humorlos

Ein als Satire gekennzeichnetes Facebook-Posting von HC Strache am Faschingdienstag hat zu Empörung und Entsetzen bei vielen Journalisten geführt. Diese vermisste man allerdings zu den ernst gemeinten „Fake-News“ des ORF über die FPÖ.

S. 14



AUS DER  
REDAKTION

Andreas Ruttinger  
andreas.ruttinger@fpoe.at

Im linksgrünen Milieu sprießen derzeit die Sympathien für einen „unabhängigen“ ORF: Der ORF soll weiterhin dem rot-grünen Moral- und Wertekanon folgen, den Werner Faymann und Josef Ostermayer über ihre Personalpolitik am Königberg implantiert haben.

## Die Muss-Reform

Die ÖVP eines Michael Spindelegger und eines Reinhold Mitterlehner hat mit ihrer medienpolitischen Abstinenz den Koalitionspartner werken lassen. Sie ließen sich mit ein paar Posten und der Patronanz über die Landesstudios abspeisen.

Den Schreihälsen, die vor einer „Orbanisierung“ des ORF warnen, sei in Erinnerung gerufen, dass Viktor Orban in Ungarn nur das getan hat, was seine sozialistischen Vorgänger zuvor gemacht hatten: Personen seines Vertrauens an die Schalthebel des Staatsfunks zu setzen.

Wie übrigens auch die SPÖ. Die satte Mehrheit für Rot-Grün bei den Betriebsratswahlen gibt beredtes Zeugnis dieser selektiven Personalauslese.

Die Antipathien gegenüber der FPÖ sind wohl bekannt, aber derart freche Manipulationen in den Nachrichtensendungen wie der „ZiB1“ bisher noch nicht – vor allem nicht in dieser Intensität.

Wenn HC Straches Facebook-Posting demokratiegefährdend sein soll, was sind dann die gehäuften Manipulationen des ORF gegen die Freiheitlichen punktgenau vor den heurigen vier Landtagswahlen?

Eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – falls die Österreich diesen überhaupt noch wollen – ist unumgänglich. Inhaltlich wie personell.

# ORF braucht Reform an Ha

## FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky fordert nach ständiger Missachtung

**K**eine Entschuldigungen nach den Entgleisungen gegenüber der FPÖ, aber weinerliche Proteste wegen eines satirisch deklarierten Facebook-Postings von FPÖ-Vizekanzler HC Strache. Für die FPÖ hat der ORF den öffentlich-rechtlichen Auftrag längst entsorgt, greift er doch jetzt schon mit manipulierten Berichten in Wahlkämpfe ein.

Seit Jahresbeginn reitet der ORF Attacken gegen die Freiheitlichen, die als Verhöhnung des Objektivitätsgebots noch freundlich umschrieben sind. Weder zur Falschmeldung über Ex-Landeshauptmann Gerhard Dörfler, noch zum Verschweigen Norbert Hofers am Münchner Transit-Gipfel und schon gar nicht zu der übelsten Diffamierung des Tiroler FPÖ-Spitzenkandidaten mittels eines manipulierten Berichts gab es eine Entschuldigung von Seiten des eigentlich „öffentlich-rechtlichen“ Senders.

### Selbstherrlichkeit im ORF

Dafür gab es weinerliche Reaktionen auf ein satirisch deklariertes Posting von Vizekanzler HC Strache, das von der linksgrünen Medienschickeria zu einem Anschlag auf die Pressefreiheit, wenn nicht gar zu einem auf die Demokratie hochstilisiert wurde.

Die Manipulation in der Causa rund um den Tiroler FPÖ-Spitzenkandidaten habe das Fass zum Überlaufen gebracht, bemerkte FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky, der sich auch über die nachsichtigen Beurteilungen dieses Skandals in den Zeitungen verwundert zeigte: „Der Rechtfertigungsversuch vom Landesstudio Tirol,

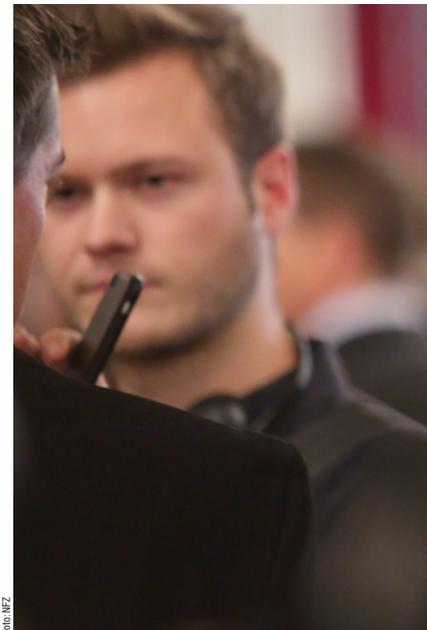
wonach es technische Probleme gegeben habe, war völlig lächerlich. Aber die nächste Unfassbarkeit hat sich am Königberg ereignet, wo das Sesselräumen vom Landesstudio aufwärts bis in der ORF-Zentrale selbst unterblieben ist. Das hat jetzt unserer Auffassung nach in der Generaldirektion zu beginnen.“

Bis heute gibt es weder eine Entschuldigung von den Verantwortlichen oder ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz, noch Konsequenzen für diese Herrschaften.

### Die Seher schalten ab

„Wofür brauchen die Zwangsgebührenzahler einen fast eine halbe Million Euro verdienenden ORF-Generaldirektor, der einen solchen Skandal nicht einmal ansatzweise so handhabt, wie es für einen öffentlich-rechtlichen Sender notwendig wäre: nämlich rasch, offen, transparent und mit den notwendigen Konsequenzen“, kritisierte Vilimsky den ORF-Generaldirektor.

Obwohl Wrabetz nicht nur der bestbezahlte ORF-Generaldirektor des ORF sei und auch die meisten Kompetenzen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk an sich gezogen habe, habe er all die negativen Ent-

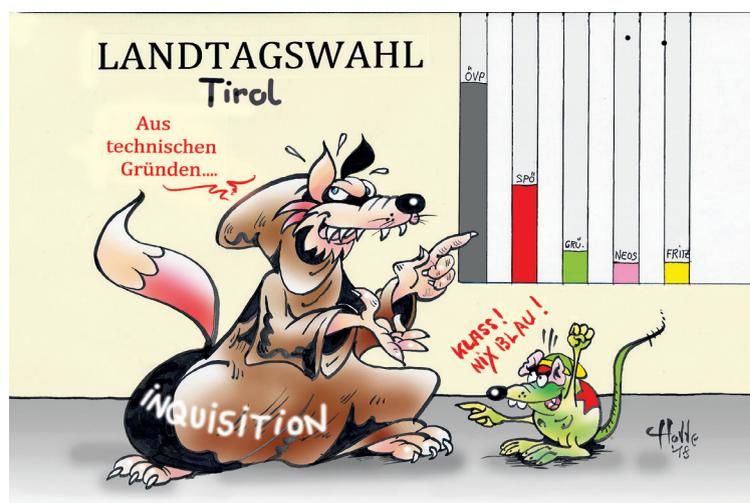


Für die FPÖ ist ORF-Generaldirektor... inhaltlicher Natur wie auch dem stetig

wicklungen, die sich in dem massiven Seherschwund in seiner Ära manifestieren, durch sein Verhalten des Nicht-Entscheidens und mangelnde Führungsqualität massiv beschleunigt.

### Luxusvertrag für Wrabetz

Und das ist noch nicht der volle Preis, mit dem die Zwangsgebührenzahler den ORF-Chef beglücken dürfen: Im Falle eines vorzeitigen Auslaufens seines 400.000-Euro-Jobs müssen sie ihm alle Jahresgehälter bis zum offiziellen Vertragsende 2021 weiterzahlen.



SPITZE FEDER Nächste Märchenstunde im Staatsfunk.

**IMPRESSUM** Offenerlegung gemäß § 25 Mediengesetz  
 Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:  
 Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –  
 Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,  
 Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;  
 Freiheitlicher Parlamentsklub,  
 Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien  
 Geschäftsführung: Ing. Joachim Stampfer  
 Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:  
 Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien  
 Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9  
 E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at  
 E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at  
 Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29  
 Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien  
 Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;  
 Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);  
 Auslandsjahresbezug: € 73  
 BIC: OPSKATWW  
 IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450  
 Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.  
 Verlags- und Herstellungsort: Wien  
 Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

# Upt und Gliedern

## des Objektivitätsgebots einen „ORF Neu“



Alexeander Wrabetz verantwortlich für die negativen Entwicklungen den Verlust an zwangsgebührenzählenden Zusehern.

„Das ist doch gegenüber den Zwangsgebührenzählern alles nicht mehr erklärbar“, empört sich der FPÖ-Generalsekretär über diese Vertragsklausel: „Meint Wrabetz mit seiner Forderung nach einem ‚Regierungsbekanntnis für einen ORF‘ die Weiterführung dieser untragbaren Missstände im ORF? Offensichtlich geht es ihm nur um die eigene Kassa. Mit uns wird dies sicher nicht machbar sein!“

### ORF-Reform ist unumgänglich

Dafür hat sich bereits eine „Initiative zur Bewahrung der Unabhängigkeit des ORF“ gebildet, in der sich die üblichen Verdächtigen in Sachen Staatskünstler versammelt haben. Für die ist ein „unabhängiger ORF“ nur einer, der das linksgrüne Meinungsspektrum bedient.

„Uns reicht es. Wir wollen nicht länger zuschauen, wie alle Österreicher zur Zahlung einer ORF-Gebühr verpflichtet werden, um die unter Wrabetz ausgefertigten Missstände weiter zu finanzieren. Hier braucht es Reformen an Haupt und Gliedern. Und die FPÖ will und wird dafür der Motor sein“, kündigte Vilimsky an.

gigkeit des ORF“ gebildet, in der sich die üblichen Verdächtigen in Sachen Staatskünstler versammelt haben. Für die ist ein „unabhängiger ORF“ nur einer, der das linksgrüne Meinungsspektrum bedient.

### AUFSTEIGER ↕



FPÖ-Bundesparteiobmann und Vizekanzler **HC Strache**, der auf die heftige Reaktion auf sein Facebook-Posting dem ORF-Moderator Armin Wolf in einem Telefongespräch den Sachverhalt, die Kritik am ORF und nicht an ihm, darstellte.

### ABSTEIGER ↕



Tirols ÖVP-Landeshauptmann **Günther Platter**, der sich nach dem Auffliegen des manipulierten ORF-Berichts bei FPÖ-Landeschef Markus Abwerzger noch immer nicht für seine Anschuldigungen gegen diesen entschuldigt hat.

### KURZ UND BÜNDIG



### Initiativ für Arbeitsplätze

„Die geplante Verlängerung der transsibirischen Breitbahnstrecke von der Slowakei nach Wien wäre ein gewaltiger wirtschaftlicher Impuls für Österreich. Viele Jahre wurde darüber geredet, jetzt hat FPÖ-Verkehrsmminister Norbert Hofer bei einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen konkrete Akzente gesetzt“, zeigte sich FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus (Bild) erfreut. Laut einer aktuellen Studie würde die Verlängerung von der Bauphase bis zum Vollbetrieb 127.000 heimische Jobs schaffen und sichern.

### Der Weg zum Rauchergesetz

Die genaue gesetzliche Regelung für eine partielle Raucherlaubnis in Gastronomiebetrieben wird derzeit zwischen ÖVP und FPÖ ausgearbeitet. Grundlage dafür ist das Regierungsprogramm. Damit wird künftig einerseits ein effizienter Nichtrauchererschutz, andererseits die Wahlfreiheit von Gastronomen und Lokalbesuchern sichergestellt sowie besonderes Augenmerk auf den Nichtrauchererschutz von Kindern und Jugendlichen gelegt. Das Gesetz wird dem Parlament zeitgerecht vorgelegt, um am 1. Mai in Kraft zu treten.



### Keine aufgezwungene Reform

Vor zwei Jahren wurde der Start der neuen, modularen Oberstufe „NOST“ aufgrund massiver Kritik von Eltern und Lehrern verschoben. Nun soll den Schulen erneut zwei Jahre Schonfrist gewährt werden, um eine grundlegende Evaluierung durchzuführen. „Handlungsbedarf“ ortet der geschäftsführende Bundesobmann der Freiheitlichen Jugend, Bundesrat Michael Raml (Bild): „Die Erfahrungen bei den Schulversuchen haben gezeigt, dass das Konzept noch nicht genügend ausgereift ist.“ Eine gelungene Schulreform kann nur im Einklang mit Lehrern, Eltern und Schülern gelingen.



**BILD DER WOCHE** Infrastrukturminister Norbert Hofer (r.) kontrolliert den Fortschritt beim Bau des Brennerbasistunnels.

## Ein „Wahlkampf“ gegen die Tiroler Freiheitlichen

Markus Abwerzger, FPÖ-Landesparteiobmann und Spitzenkandidat der Freiheitlichen zur Landtagswahl am kommenden Sonntag, zeigt sich im NFZ-Interview bestürzt über das Niveau in der politischen Auseinandersetzung.

*Herr Landesparteiobmann, sind Sie froh, dass der Wahlkampf diese Woche zu Ende geht und der Wähler das Wort hat?*

**Abwerzger:** Wer geglaubt hat, dass das Niveau der politischen Auseinandersetzung mit der „Silberstein-Methode“ im vorjährigen Nationalratswahlkampf seinen Tiefpunkt erreicht hat, der wurde in den letzten Wochen in Tirol eines Besseren belehrt. Vor allem schmerzt es mich, dass sich keiner meiner Konkurrenten bemüht hat, die nach dem manipulierten ORF-Bericht getätigten Aussagen zurückzunehmen oder sich dafür zu entschuldigen.

*Außerhalb Tirols war außer den Nazi-Anwürfen gegen die FPÖ wenig an inhaltlichen Themen zu bemerken.*

**Abwerzger:** Das verdanken wir den Medien, die sich seit der Koalitionsbildung auf Bundesebene auf die FPÖ stürzen, um einen Keil in die neue Bundesregierung zu treiben. Da bekommen dann auch Landesparteien ihr Fett ab, wie man auch in Niederösterreich gesehen hat. Aber im richtigen Wahlkampf, also in den Gesprächen mit den Bürgern, haben wir unsere Themen Sicherheit, Einwanderung, Transit oder soziale Gerechtigkeit sehr wohl ansprechen können und sehr viel Zustimmung erhalten, die uns dem Wahlsonntag sehr optimistisch entgegengehen lässt.

*Wo wollen Sie denn ihren Wahlspruch „Für unser Tirol, Gerechtigkeit garantiert“ umsetzen?*

**Abwerzger:** Seit dem Jahr 2010 haben

sich etwa die Kosten für die Mindestsicherung in Tirol verdoppelt. Aber die größte Veränderung gab es im Bezieherkreis: 60 Prozent davon sind Ausländer. Diese Ungleichgewichtung gefällt den Tirolern nicht, zumal für die Tiroler der Zugang zum Heizkostenzuschuss erschwert wurde und die Zahl der Obdachlosen zugenommen hat. Hier befürworten wir Gesetzesänderungen, damit wir wieder mehr auf unsere Leute schauen.

*„Das Transitproblem ist die rot-scharze Erbsünde zum EU-Beitritt.“*

*noch in jedem Wahlkampf getrommelt wurde.*

**Abwerzger:** Das ist die Erbsünde von ÖVP und SPÖ auf Bundes- wie auf Landesebene zum EU-Beitritt, der man mit untauglichen Mitteln und dann nur halbherzig beizukommen versucht, wie aktuell mit der Lkw-Blockabfertigung. Es ist beinahe schon rührend, wenn Landeshauptmann Platter, der sonst bei jeder Gelegenheit den glühenden EU-Anhänger abgibt, einer Lkw-Obergrenze das Wort predigt, obwohl er genau weiß, dass das nicht mit den EU-Gesetzen vereinbar ist. Wir wollen hier ein taugliches sektorales Fahrverbot, um überflüssige Fahrten zu reduzieren, einen attraktive Rollende Landstraße und Verhandlungen mit den Nachbarn.

*Ein Dauerbrenner in Tirol ist das Transitproblem, das seit Auslaufen des Transitvertrages 2003*



Im Tiroler Landtagswahlkampf wurde die Diffamierung der FPÖ auf die SPÖ

## Diffamierungen na

Nicht die Probleme der Tiroler, sondern die der M

**Die Burschenschafter-Diskussion, ein diffamierender ORF-Bericht und gefälschte Wahlplakate. Das bleibt vom Tiroler Landtagswahlkampf in Erinnerung, eine einzige Kampagne „Alle gegen die FPÖ“. Wie die Tiroler das bewerten werden, wird sich beim Wahlgang am Sonntag zeigen.**

Acht Listen kämpften bei der Tiroler Landtagswahl um die 36 Sitze im Landesparlament. Neben ÖVP, SPÖ, Grüne, FPÖ, Liste Fritz und Impuls Tirol treten zum ersten Mal auch die NEOS sowie die Kleinpartei „Family – Die Tiroler Familienpartei“ an. 537.273 Tiroler sind wahlberechtigt.

Laut der letzten Umfrage können die Tiroler Freiheitlichen mit starken Zugewinnen rechnen und rittern mit der SPÖ um den zweiten Platz hinter der ÖVP.

### Diffamierungskampagne

Und das trotz der Widrigkeiten, denen die Freiheitlichen in den Medien ausgesetzt waren. Beginnend mit dem Auftritt einer international anerkannten Showgruppe beim Wahlkampfauftakt, der linke Medien und ÖVP-Landeshauptmann selbst Günther Platter an NS-Zeiten erinnerte. Komisch, dass Herr Platter der Gruppe beim ÖVP-Wahlauftakt 2013 noch heftigst applaudiert hatte.

Darauf folgten die beiden ORF-Inszenierungen in München und in Innsbruck. So wurde bei dem für Tirol so wichtigen Transit-Gipfel in München FPÖ-Verkehrsminister Norbert Hofer totgeschwiegen und in Innsbruck FPÖ-Spitzenkandidat Markus Abwerzger in einem manipulierten Bericht als bewusster Antisemiten-Dulder verleumdet.

Bis heute hat sich dafür beim Tiroler FPÖ-Obmann keiner der dafür Verantwortlichen im ORF-Landesstudio und auch keiner der Mitbewerber, die auf diesen Rufmord des ORF aufgesprungen sind und Abwerzger übelst diskreditiert haben, entschuldigt. Allen voran der ÖVP-Landeshauptmann.

Und zu guter Letzt sind noch gefälschte Plakate mit dem FPÖ-Logo in Innsbruck aufgetaucht, in denen gegen die FPÖ-Einwanderungspolitik auf übelste Weise polemisiert wurde. „Ich hoffe nicht, dass eine andere wahlwerbende Fraktion hinter dieser Geschichte



spitze getrieben, vom staatlichen ORF wie auch von unbekanntem Plakat-„Scherzbolden“.

# ch „Silberstein-Methode“

Medien und des ORF mit der FPÖ dominierten den Landtagswahlkampf

steckt. Wenn es so wäre, wäre es ein weiterer Tiefpunkt in diesem ungünstigen Wahlkampf“, empörte sich Abwerzger über die permanente Diffamierung der Freiheitlichen in diesem Landtagswahlkampf.

## Größter Nutznießer ist ÖVP

Genützt hat es sicherlich der ÖVP, die bei den von den Freiheitlichen aufgegriffenen Themen Einwanderung, Transitverkehr und Abwanderung aus dem ländlichen Raum kläglichst versagt hat. Insbesondere beim Transitverkehr, der Erbsünde der ÖVP, haben doch

die damalige rot-schwarze Koalition in Wien und die Landes-ÖVP beim EU-Beitritt das Auslaufen des Transitvertrags 2003 hingenommen, mit all den Folgen für die Einwohner entlang der Transithölle.

Täglich fahren derzeit 4.735 Lkw über den Brenner, im Vorjahr wurden an der Mautstelle Schönberg insgesamt 2,25 Millionen Transit-Lkw gezählt.

„Es ist schon bezeichnend, dass die schwarzen EU-Fans um den Herrn Platter hier lediglich irreal, weil EU-Gesetzen widersprechende Maßnahmen das Problem totre-

den“, zeigt Abwerzger auf.

Die Lkw-Blockabfertigung, mit der die regierende schwarz-grüne Landesregierung das Transitaufkommen auf 250 bis 300 Fahrzeuge pro Stunde in einer Fahrtrichtung reduzierte, kritisiert Abwerzger als untaugliches Mittel: „Die Wiedereinführung eines tauglichen sektoralen Fahrverbotes und der Ausbau der ‚Rollenden Landstraße‘ auf der Schiene könnten hier echte Abhilfe schaffen.“

## Grüne Einwanderungspolitik

Dazu habe die ÖVP de facto die einwanderungsfreundliche Politik des grünen Koalitionspartners übernommen, mit all den negativen Folgen für die Tiroler, beginnend mit der explodierenden Ausländerkriminalität und den enormen Kosten für den Sozialstaat.

So wurden im Vorjahr in Tirol bei nicht einmal permanenten Grenzkontrollen bereits 7.000 illegal Eingereiste aufgegriffen. Und bei der Mindestsicherung beträgt das Verhältnis 40 Prozent Inländer zu 60 Prozent Ausländer.

„Für diese falsche Politik gibt es nur ein Korrektiv: die FPÖ. Das hat sich im Bund bereits gezeigt“, betont der Tiroler FPÖ-Landeschef.



POLITIK ANALYSIERT

Harald Vilimsky  
FPÖ-Generalsekretär

So viel kann man sich an Prognose schon zutrauen: Wenn kommenden Sonntag in Tirol die Wahllokale schließen, wird die FPÖ einmal mehr massiv zugelegt haben. Und das trotz einer Aktion des ORF, die in dieser Form fast beispiellos ist.

## Gegen ORF-Methoden

Man ist ja längst gewohnt daran, dass die rot-grün-dominierten ORF-Redaktionen jede Gelegenheit nutzen, um eine Berichterstattung zu betreiben, die mit „einseitig“ noch mehr als freundlich umschrieben ist. Wenn aber ein Beitrag über den Tiroler FPÖ-Chef Abwerzger mit voller Absicht so zusammengeschnitten wird, dass damit der Eindruck entsteht, er toleriere antisemitische Ausfälle eines Passanten, dann ist damit selbst für ORF-Standards ein neues Level der Diffamierung erreicht. In der ungeschnittenen Fassung wurde klar, dass sowohl Abwerzger als auch der Tiroler Klubobmann Federspiel sich völlig unmissverständlich gegen die Aussagen des Passanten ausgesprochen haben.

Unter dem seit 2006 amtierenden Alexander Wrabetz ist die ORF-Politikberichterstattung zur Fortsetzung der Inquisition mit den Mitteln selbsternannter politischer Korrektheit mutiert. Dass dafür Millionen österreichische Haushalte zwangsweise via GIS zur Kasse gebeten werden, um damit unter anderem die Spitzgehälter der ORF-Journalisten zu finanzieren, ist so längst nicht mehr tragbar. Vor allem, wenn die Gegenleistung irgendwo zwischen politischem Erziehungsfernsehen und seichter, zugekaufter Stangenware liegt.

Wenn man will, kann man also die Tirol-Wahl auch als Denkmahl für den ORF und die Methoden seiner Redakteure sehen. Also: Auf zu den Wahlurnen!



Trotz Kampagne gute Stimmung beim Gespräch mit den Bürgern.



HOHES  
HAUS

Norbert Nemeth  
Clubdirektor der FPÖ

Mit dem Nichtrauchertema scheint die Opposition erstmals aus ihrer Lethargie erwacht zu sein, war doch bis dato von SPÖ, NEOS und Liste Pilz wenig bis gar nichts zu vernehmen. Insbesondere mangelt es an inhaltlichen Vorschlägen, die es wert wären, legislativ umgesetzt zu werden.

## FPÖ sichert Jobs!

Da verwundert es nicht, dass jene nun auf den Zug, den einige militante Nichtraucher in Bewegung gesetzt haben, aufzuspringen versuchen. Allein es wird ihnen nichts nützen. Denn im Regierungsprogramm ist das sogenannte „Berliner Modell“ für den Nichtraucherschutz vereinbart.

Sieht man genau hin, handelt es sich dabei keineswegs um eine Aufforderung, an jedem Ort zu qualmen, sondern um ein ausgewogenes Modell, das die Interessen von Gastronomen, Gästen, Arbeitnehmern und Gesundheitsverantwortlichen sinnvoll unter einen Hut bringt.

Tatsächlich werden Arbeitnehmer und Jugendliche nach Umsetzung des „Berliner Modells“ besser gestellt sein als derzeit. Dass das möglich ist, ohne Gastronomen um ihre Existenz zu bringen, ist ein Erfolg Freiheitlicher Politik. Denn um diese geht es uns, insbesondere um die Kleingastronomie im ländlichen wie im städtischen Bereich. Erst in zweiter Linie ist die „Raucherfreiheit“ – was immer man darunter verstehen mag – von Bedeutung.

Die FPÖ wird sich nicht von der konsequenten Umsetzung des Regierungsprogrammes abbringen lassen. Dazu zählt auch die Einführung einer echten Volksgesetzgebung – für Raucher wie für Nichtraucher.

## EUROPAPOLITIK

### EU-Vorsitzpläne des Kanzleramts

Österreich wird ab 1. Juli nach 1998 und 2006 zum insgesamt dritten Mal den EU-Ratsvorsitz übernehmen. Laut dem Bericht über „Pläne der EU für 2018 im Zuständigkeitsbereich des Bundeskanzleramts“ will man bei der Budgeterstellung darauf drängen, dass „die EU sparsamer“ werde. Weitere Schwerpunktthemen sollen der Brexit, zu dem die Verhandlungen im Oktober abgeschlossen werden sollten, sowie die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips sein.



## AUSSENPOLITIK

### Eigener Status für OECD

Österreich hat mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) ein offizielles Amtszitabkommen abgeschlossen. Darin werden für die OSZE, wie für internationale Organisationen mit Völkerrechtscharakter üblich, Privilegien und Immunitäten sowie deren Schutz und Rechtsstellung geregelt.

# Neue Kostenkalkulation zu Luftraumüberwachung

## Verteidigungsminister will einen unvoreingenommenen Bericht

**W**eil sein Vorgänger die Vorgabe zum Eurofighter-Ausstieg befahl, will FPÖ-Verteidigungsminister Mario Kunasek jetzt eine neutrale Kostenschätzung zu allen Varianten.

Vorgabe ist jetzt die hundertprozentige Abdeckung der Luftraumüberwachung durch Überschallflugzeuge, die uneingeschränkt einsatzfähig sind sowie über ein zeitgemäßes Selbstschutzsystem und Allwetterlenk Waffen verfügen. Dabei werden für jede Variante 20-, 30-, und 40-jährige Systemlebenszyklen berechnet.

### Neutrale Prüfung

Wegen des SPÖ-„Sozialfighter-Geschäfts“ verfügen die österreichischen Eurofighter über keine



Kunasek orderte Neuberechnung der Kosten für das Heer an.

Systeme zur sicheren Annäherung an und zur Sichtidentifizierung von Luftfahrzeugen bei Nacht und schlechter Sicht. Ein Selbstschutzsystem fehlt überhaupt.

Ebenfalls geprüft werden Angebote zur Senkung der Betriebskosten vom Eurofighter-Hersteller selbst wie auch von Ländern, die den gleichen Typ in Betrieb haben.

# 647 Millionen Euro für Entwicklungshilfe

Laut dem Berichte des Finanzministeriums über Beiträge zu internationalen Entwicklungsprojekten hat Österreich sich in der Pe-



riode 2015 bis 2017 hier mit rund 540 Millionen Euro an den 51,96 Milliarden Euro des Internationalen Entwicklungsfonds (IDA-17) beteiligt.

Aus dem Fonds erhielten 82 der ärmsten Länder, davon 40 in Afrika, während dieser Periode Kredite zu besonders günstigen Konditionen.

Der österreichische Anteil am Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfDF) in den Jahren 2014 bis 2016 betrug 107 Millionen Euro. Eine effizientere Entwicklung dieses Fonds bei der Armutsreduktion behinderten bewaffnete Konflikte und politische Fragilität in der Re-

gion sowie die Behördenstruktur in diesen Ländern, die von Korruption gezeichnet ist.

In dem Bericht hält das Finanzministerium auch fest, dass die Schwerpunkte aller drei Institutionen IDA-17, AfDF und des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD-10) „in Infrastruktur, Landwirtschaft, fragile Staaten, Klima, Gender, regionale Operationen und Privatsektor“ weitgehend mit dem strategischen Leitfadens des BMF für internationale Finanzinstitutionen („IFI-Strategie“) übereinstimmen.

# Grenzkontrollen zu Bayern bleiben aufrecht

## Bayern stimmt Plänen von Innenminister Herbert Kickl zu Erleichterungen für Autofahrer zu

**E**inigkeit herrscht zwischen Österreich und Bayern zur Aufrechterhaltung der Grenzkontrollen, so lange die EU-Außengrenzen offen sind. Den täglichen Staus will man aber mit Maßnahmen begegnen. Kickl inspizierte zudem die Reiterstaffel der Münchener Polizei.

Mit seinem bayerischen CSU-Amtskollegen Joachim Herrmann hatte sich FPÖ-Innenminister Herbert Kickl bei seinem Besuch in München rasch auf die Verlängerung der im Zuge der Flüchtlingskrise eingeführten Kontrollen an der gemeinsamen Grenze geeinigt. Bis Mai läuft die derzeitige Regelung noch, dann müsste die EU-Kommission einer Verlängerung der Maßnahme zustimmen.

So lange die europäischen Außengrenzen nicht genügend geschützt seien, müsse man die Binnenkontrollen fortsetzen, betonten beide Minister und Kickl fügte hinzu: „Es wäre unverantwortlich, jetzt im Mai darauf zu verzichten.“

Schrittweise abbauen wollen Bayern und Österreich dagegen die

Verzögerungen und Störungen für den Verkehr, die durch die Grenzkontrollen verursacht wurden. Dies möchte Bayern auch dadurch erreichen, dass Österreich Ausreisende bereits vor der Grenze kontrolliert. Kickl verwies dazu auf eine Machbarkeitsstudie der ASFINAG, die aber noch nicht abgeschlossen sei.

### Reiterstaffeln wirken

Am Nachmittag besuchte er die Münchener Reiterstaffel, um sich ein Bild für die Umsetzung seines Projekts in Wien zu machen. Polizeivertreter an Ort und Stelle entkräfteten die unsachliche Kritik von Tierschützern: Seit 120 Jahren gibt es die Reiterstaffel in München, für die 41 Tiere umfassende Einheit sind 32 Polizeibeamte zustän-



Innenminister Kickl beim Proberitt unter fachgerechter Anleitung.

dig. Dienststellenleiter Andreas Freundorfer betonte, dass sich die berittene Polizei nicht nur bei repräsentativen Anlässen, sondern auch als Streifen bewährt habe. Zudem stärkten sie das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung.

Der Kritik von Tierschützern konterte Polizeioberst Peter Hartwich mit Verweis auf die bisherigen Erfahrungen: „Wenn es allen Freizeitpferden so gut gehen würde wie unseren Tieren, wäre die Welt gerechter.“

## Kommt Pkw-Maut nach deutschem System?

„Wenn das deutsche Mautsystem vor dem Europäischen Gerichtshof hält, wird es auch bei uns große Veränderungen geben“, erklärte FPÖ-Verkehrsminister Norbert Hofer am Montag in Innsbruck. Dann werde es für jene Fahrzeuge, die Österreich im Transitbereich queren, „nicht billiger“, aber die Österreicher könnten dann entlastet werden. Ihm gehe es im Falle einer solchen „Ungleichbehandlung im Europarecht“ darum, ein Signal zu setzen, betonte der freiheitliche Infrastrukturminister.

Österreich hatte im vergangenen Oktober Klage gegen die deutsche Maut eingereicht. Hauptkritikpunkt ist, dass Deutsche Autofahrer für Mautzahlungen durch eine niedrigere Kfz-Steuer voll entlastet werden sollen.

Er könne sich vorstellen, jene Routen, die von den Autobahnen abgehen, wo eindeutig Ausweichverkehr gegeben ist, mit ins Mautsystem zu übernehmen. Damit gebe es keinen sachlichen Grund mehr, von der Autobahn abzufahren.



Bald neues Mautsystem?

Bezüglich einer Transitregelung zeigte sich Hofer – aufgrund der Erfahrungen mit den Nachbarstaaten – nicht sehr zuversichtlich, dass die EU die Forderung von Tirols ÖVP-Landeshauptmann Günther Platter nach einem Zusatzprotokoll mit Verständnis für Lkw-Blockabfertigungen, Lkw-Obergrenze und Korridorauten anerkennen werde.

Er unterstütze das von Tirols FPÖ-Chef Markus Abwerzger geforderte Gesamtkonzept, um den Transitverkehr allgemein einzudämmen, aber mit Maßnahmen, die in einer intensiven Zusammenarbeit mit den Nachbarländern erarbeitet werden können.

## Carmen Schimanek als IFF-Bundesobfrau bestätigt

Am vergangenen Freitag hielt die ‚Initiative Freiheitliche Frauen‘ (IFF) ihre ordentliche Bundesversammlung in Tirol ab.

Die Bundesobfrau und Freiheitliche Frauensprecherin im Parlament, Carmen Schimanek, stellte sich dabei der Wiederwahl und wurde von den Delegierten aus allen Bundesländern einstimmig im Amt bestätigt. Als Stellvertreterinnen wurden Monika Mühlwerth und Andrea Schartel erneut gewählt.

Schimanek bedankte sich für diesen klaren Vertrauensbeweis bei ihrer Wiederwahl. Sie verwies in ihrem Bericht auf den allgemeinen Aufwärtstrend, den die Frauen in der Freiheitlichen Partei derzeit erleben würden.

Die Gemeinschaft der Freiheitlichen Frauen sei in den letzten Jahren besonders stark gewachsen. Dies sei auch dadurch zum Ausdruck gekommen, dass nach den erfolgreichen Wahlgängen der Anteil an weiblichen Abgeordneten und Mandatären in der FPÖ auch

auf Länder- und Kommunalebene zugenommen habe.

Hauptthema am IFF-Bundstag war das hundertjährige Bestehen des Frauenwahlrechts in Österreich, für das als Referentinnen die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, Beate Hartinger-Klein, und Gertraud Zeindl, Historikerin aus dem Tiroler Landesarchiv, mit interessanten Vorträgen gewonnen werden konnten.



IFF-Chefin Schimanek (r.) mit Gratulantin Nicole Hosp (vbg.).



Harald Vilimsky

## Mit Mehrheit für Frieden oder Krieg?

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker will das Einstimmigkeitsprinzip in der EU-Außen- und Verteidigungspolitik abschaffen. Das sagte er in seiner Rede bei der Münchener Sicherheitskonferenz: „Es kann nicht so bleiben, dass wir in Sachen Außen- und Verteidigungspolitik immer einstimmig beschließen müssen. ... Dieser Einstimmigkeitszwang hält uns davon ab, Weltpolitikfähigkeit zu erreichen.“

So kann man das natürlich sehen, wenn man die Linie verfolgt,

den Einfluss der einzelnen Mitgliedsstaaten auf allen Ebenen immer weiter zurückzudrängen.

Man könnte es aber auch so sehen: Gerade in so wesentlichen Themen wie eben der Außen- und Sicherheitspolitik (und im Extremfall der Entscheidung über Frieden oder Krieg) ist das Einstimmigkeitsprinzip wichtig. Naturgemäß haben 28 Staaten (oder 27 nach dem Brexit) unterschiedliche Interessen, Ausgangslagen und eine differente Geschichte. Außen- und sicherheitspolitisch zu kooperieren, ist gut. Aber in einer für einen Mitgliedsstaat entscheidenden Frage einfach überstimmt zu werden, ist fatal. Das würde die Spannungen zwischen den EU-Staaten anheizen, wie man das schon bei der Flüchtlingsverteilung gesehen hat.

Warum sollte man alle Mitgliedsstaaten über einen Kamm scheren? Für eine Änderung in dieser Frage bräuchte es eine Änderung des EU-Vertrags – und dafür Einstimmigkeit. Gut so.

## EU redet vom Sparen, aber will höhere Länderbeiträge

Für den kommenden mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union will Brüssel mehr Geld von den Mitgliedsstaaten – trotz des Austritts Großbritanniens. Zwischen 2021 und 2027 sollten die Ausgaben von aktuell ein Prozent auf 1,1 bis 1,2 Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU steigen.

Das forderte Haushaltskommissar Günther Oettinger vergangenen Freitag in Brüssel, obwohl er Montags zuvor bei seinem Besuch in Wien noch Budgetkürzungen aufgrund des Brexit angekündigt hatte.

Statt „maßvoll und nennenswert in nahezu allen Bereichen des Haushaltes kürzen“, will er jetzt die rund zehn Milliarden Euro, die durch den Austritt Großbritanniens verlorengehen, durch eine Erhöhung der Beiträge für alle Mitgliedsstaaten wieder hereinbringen.

Oettinger schwebt für Deutschland etwa ein Zuschlag von mindestens drei oder 3,5 Milliarden

Euro vor, was umgerechnet dann für Österreich bis zu 350 Millionen Euro mehr bedeuten würde.

Damit soll, wie im „Reflexionspapier zur Zukunft der EU-Finanz“ von der Kommission vorgeschlagen, 25 Milliarden Euro aus diesem Budget speziell für die 19 Länder der Eurozone bereitstellen. Dann dürfte es also doch nicht stimmen, was die gleiche Kommission seit Jahresbeginn verlautet, nämlich, dass die Finanzkrise schon überwunden sei.



Oettinger: Sparen mit mehr Geld?

# Eine Nabelschau m Die sicherheitspoli

## Münchener Sicherheitskonferenz offenbart das Sc



Geeint in Uneinigkeit: NATO oder PESCO, unabhängige europäische oder t gegenüber dem Militär als Instrument zur Durchsetzung sicherheitspolitisch

Seit die EU geeint im Widerspruch zum Dogma „America first!“ von US-Präsident Donald Trump und dessen Außenpolitik steht, offenbart sich die Machtlosigkeit der Europäer umso stärker. Am deutlichsten in der Sicherheitspolitik, bei der sich die Europäer bisher hinter dem Rücken der NATO-Führungsnation versteckt haben.

Daher war man diesmal auf der Münchener Sicherheitskonferenz gespannt, wie die Europäer ihre Außen- und Sicherheitspolitik zu gestalten denken. Und man wurde mit hochtrabenden Ideen aus Brüssel, Paris und Berlin nicht enttäuscht – auch im Wissen, dass deren Umsetzung so ungewiss ist, wie eh und je.

Allein bei den Kosten spießt es sich. Lediglich die Osteuropäer und die Türkei geben sich Mühe, das 2014 von der NATO beschlossene Ziel zu erreichen, zwei Prozent der Wirtschaftsleistung eines Landes in die eigenen Armeen zu investieren, um den Anschluss an China und Russland nicht zu verlieren.

### Sparen bei der Sicherheit

China hat seine Militärausgaben seit 2007 auf mehr als 215 Milliarden verdoppelt – die versteckten Militärausgaben nicht eingerechnet, Russland seine immerhin um 87 Prozent erhöht.

An der Summe der Ausgaben würde es aber auch nicht liegen, denn die Europäer wendeten 2017

mit 258 Milliarden Euro dafür insgesamt fast viermal soviel auf wie Russland, aber noch immer nicht die Hälfte der USA.

Aber der Zustand der europäischen Heere ist schlichtweg marod. Beispielhaft die deutsche Bundeswehr: Nur 99 von 244 Kampfpanzern Leopard 2 sind einsatzfähig, beim Kampfhubschrauber Tiger



Deutschland habe nur die politische u EU im Blick, betonte Außenminister Si

# mit Vegetariern: Politische Diät der EU

weiterern der EU bei diesem vitalen Politikbereich



transatlantische Sicherheitsinitiative. Europas Uneinigkeit und Unbehagen  
er Interessen schwächt auf Dauer die Position des Kontinents.

sind 12 von 27 einsatzbereit, vom  
mittleren Transporthubschrauber  
NH 90 lediglich 9 von 48.

## Europas militärisches Dilemma

Der deutsche SPD-Außenminister Sigmar Gabriel lehnte offen die NATO-Vorgabe ab. Seine Gründe: Die EU sei das Instrument der europäischen Selbstbehauptung in der Welt, der Anwendung militärischer Mittel oder gar einem Auslandeinsatz deutscher Soldaten stehe Berlin skeptisch gegenüber: „Wir bleiben die Vegetarier unter den Fleischfressern.“



nd wirtschaftliche Führungsrolle in der  
Sigmar Gabriel den Berliner Pazifismus.

Die angebliche deutsch-französische Achse ist in diesem Politikfeld eben alles andere als eine „Führungspartnerschaft“. Das von Präsident Emmanuel Macron zu Beginn seiner Amtszeit favorisierte „Avantgarde-Modell“ muss ohne das pazifistische Deutschland auskommen.

Vergangenes Jahr nahm der Europäische Verteidigungsfonds (EDF) seine Arbeit auf, es wurde ein Cyber-Sicherheitspaket verabschiedet, das erstmals Verteidigungsaspekte enthält. Und mit PESCO, der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit im militärischen Bereich, wurde ein Rahmen für eine militärische Kooperation bis hin zur Schaffung von EU-Kampfeinheiten („Battlegroups“) geschaffen.

Lediglich der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki platzte in die Optimismusidylle der Europäer und zeigte mit seinem Ausspruch bildhaft das ganze sicherheitspolitische Dilemma der EU zwischen Wunsch und Realität auf: „Wir brauchen mehr Kampfpanzer und weniger Denkfabriken. Von denen haben wir genug.“

Strategien haben die Europäer genug. An der realen Umsetzung hapert es, vor allem wegen der Kosten. Und dieses Dilemma wird wohl bestehen bleiben.

## KURZ UND BÜNDIG



## Schluss mit Zuschauern

FPÖ-Außenministerin Karin Kneissl (Bild) sieht das Aufbrechen interner Konflikte als Ursache für die Eskalation im Syrien-Krieg. Es sei nicht mehr zu sagen, wo die Frontverläufe seien, „da vermischt sich vieles“, erklärte sie beim informellen EU-Außenministerrat am vergangenen Freitag in Sofia. Für die EU stelle sich die Aufgabe, den Kontakt zu vielen Beteiligten im syrischen Machtkampf suchen zu müssen. „Wir kommen dem Konflikt nicht aus, wir werden uns damit beschäftigen müssen“, warnte Kneissl vor einer weiteren Untätigkeit der Union zu diesem Konflikt. Etwa gegenüber der Türkei, die mit ihrem Einmarsch die aktuelle Verschärfung der Kämpfe ausgelöst habe.

## Gewalttätige „Traumatisierte“

Von einer Welle der Gewalt werden die Auffanglager für moslemische Einwanderer in Griechenland heimgesucht. Letzte Woche berichtete das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) von einem Anstieg der sexuellen Gewalt in den Aufnahmezentren auf den Inseln Lesbos und Samos. Frauen und Kinder hätten jetzt Angst davor, nachts auf die Toilette zu gehen. „Auch das Baden am Tag kann gefährlich sein. In Moria, auf der Insel Lesbos, erzählte eine Frau unseren Teams, dass sie seit zwei Monaten aus Angst nicht geduscht habe“, klagte UNHCR-Sprecherin Cecile Pouilly.



# Orbán warnt vor der Islamisierung Europas

Ungarns Regierungschef Viktor Orbán hat in seiner Rede zur Lage der Nation am vergangenen Sonntag finstere Szenarien zur Entwicklung Europas entworfen: „Dunkle Wolken liegen wegen der Einwanderung über Europa. Nationen werden aufhören zu existieren, der Westen wird fallen, während Europa nicht einmal bemerken wird, dass es überrannt wurde.“

Er warnte davor, dass europäische Großstädte schon bald eine überwiegend moslemische Bevölkerung haben könnten. Führende Politiker in Berlin, Paris und Brüssel hätten mit ihrem liberalen Migrationskurs „den Weg für den Niedergang des Christentums und die Ausbreitung des Islam bereitet“, betonte der ungarische Regierungschef unter Verweis auf die Zunahme von „No-go-Areas“, also de facto vom Staat aufgegebenen Gebieten mit überwiegend moslemischen Einwanderern in diesen Ländern.

ment gegen die von der deutschen Kanzlerin Angela Merkel erneut geforderte Verteilung der – vorwiegend moslemischen – Asylwerber in der EU.

Um die Einwanderung von Moslems zu stoppen, verschärfte das ungarische Parlament am Dienstag die Gesetze für das Tätigwerden von privaten Organisationen, die sich in der „Flüchtlingshilfe“ engagieren. Unter Androhung von hohen Geldstrafen wird ihnen die Tätigkeit in Grenznähe verboten.



Daher wehrt sich Orbán veh-

Orbán warnt vor Islamisierung.

## TERMINE

**FEBRUAR**  
**24 Preisschnapsen der FPÖ-St.Aegidi**

Die FPÖ-Ortsgruppe St. Aegidi lädt am Samstag, dem 24. Februar 2018, zum „Preisschnapsturnier“ ins Gasthaus „Kirchenwirt“ (4725 St. Aegidi 1). Beginn: 19.00 Uhr. Anmeldungsmöglichkeit ab 18.00 Uhr.

**MÄRZ**  
**1 Seniorenstammtisch Andorf/Eggerding**

Der Seniorenring Andorf/Eggerding lädt am Donnerstag, dem 1. März 2018, zum Stammtisch im Schloss, Gasthaus „Schloßwirt“ (Großschörgern 1, 4770 Andorf). Beginn: 12.00 Uhr.

**MÄRZ**  
**1 Bezirksstammtisch in Hirschstetten**

Die FPÖ Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 1. März 2018, zu ihrem Bezirksstammtisch Hirschstetten ins Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstettner Str. 83, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

**MÄRZ**  
**7 Stammtisch der FPÖ Landstraße**

Die FPÖ Landstraße lädt am Mittwoch, dem 7. März 2018, zu ihrem „Stammtisch“ ins Bezirksparteilokal (Am Modenapark 8-9, 1030 Wien). Referent: FPÖ-Abgeordneter Robert Lugar. Beginn: 19.30 Uhr.

**MÄRZ**  
**7 Stammtisch der FPÖ Favoriten**

Die FPÖ Simmering lädt am Mittwoch, dem 7. März 2018, zu ihrem „Stammtisch“ ins Gasthaus „Auszeitüber!“ (Grillgasse 20, 1110 Wien). Referent: Landespartei sekretär der FPÖ Wien, Michael Stumpf. Beginn: 19.00 Uhr.

**MÄRZ**  
**8 Stammtisch der FPÖ Favoriten**

Die FPÖ Favoriten lädt am Donnerstag, dem 8. März 2018, zu ihrem „Stammtisch“ ins Gasthaus „Nepomuk“ (Troststrasse 60, 1100 Wien). Referent: FPÖ-NAbg. Werner Herbert. Beginn: 19.30 Uhr.

# LESER AM WORT


**Respekt-Erziehung**

*Wir müssen aus unserer Polizei wieder „Respektspersonen“ machen und ihnen erlauben, daß sie sich gegen Angreifer wehren, auch linke Randalierer oder Menschen mit Migrationshintergrund bestrafen dürfen und nicht nur Einheimische. Egal, was ein Migrant anstellt, sofort schreien ein paar linke Medien, dass er nicht bestraft wird, weil er Ausländer ist. Das hat dazu geführt, dass viele Migranten keinerlei Respekt vor anderen Menschen, insbesondere aber vor der Polizei, vor der Rettung und vor der Feuerwehr haben. Sie wissen genau, dass sie nicht bestraft werden, wenn sie die „Ausländerfeindlichkeits-Karte“ spielen.*

**Stephan Pestitschek, Strasshof**


**Politposse**

*Die inszenierte Posse um das Thema „Rauchverbot“ lässt sich nur mit parteipolitischem Kalkül der Opposition erklären. Es zeigt sich, dass ein vernünftiger Mittelweg in*

*unserer Gesellschaft schwer zu etablieren ist. Als ich vor dreißig Jahren ins Berufsleben eintrat, wurde nicht nur in Lokalen, sondern auch in Büroräumen selbstverständlich geraucht. So etwas ist heute zum Glück nicht mehr denkbar. Dass man das Rauchen jetzt schon kriminalisiert, zeigt nur, in welchen Extremen manche Politiker denken.*

**Siegfried Pichl, Linz**

**Nichts Zufälliges**

*Die Profis im ORF arbeiten wohl eher mit der Halbwahrheit, und die ist die böartige Schwester der Lüge, weil viel schwieriger zu fassen. Oft wird die Halbwahrheit in den „richtigen“ Schnitt gegossen. Für die Berichterstattung aller „öffentlich Rechtlichen“, im Einfluß der Parteien und deren journalistischer Erfüllungsgehilfen, gilt das, was F.D. Roosevelt über die Politik sagte: „Nichts geschieht zufällig!“ Und wie das Personal der „öffentlich Rechtlichen“ politisch beschaffen ist, zeigen die jeweiligen Betriebsratswahlen.*

**Jürgen Jauch, Linz**

**Gefahr für Journalismus?**

*Wenn der Kurier meinte, in großer Aufmachung für den freien Journalismus eine Lanze brechen zu müssen, so bestand dafür in Wahrheit kein dringender Anlaß. Ob das posting von Vizekanzler*

*Strache gegen Armin Wolf klug und geschmackvoll war, darüber kann man streiten. Aber nach dem jahrelangen parteiischen Verhalten des ORF im allgemeinen und des Herrn Wolf im besonderen gegenüber der FPÖ ist das zumindest menschlich verständlich. Daraus eine Gefahr für den freien Journalismus zu konstruieren und einen Keil zwischen die Koalitionsparteien treiben zu wollen, ist durchsichtige Stimmungsmacherei, die einem angeblich unabhängigen Medium wie dem „Kurier“ nicht gut ansteht!*

**Helmuth Weiss, Dürnstein**


**Linke Bevormundung**

*Nur links-ideologisches Gedankengut wird akzeptiert, Toleranz bleibt ein Schlagwort, Dogmen überlagern alle Bereiche, eine militante Unschuld wird uns vorgegaukelt. Müssen wir Bürger uns diese Nicht-Lebenslust verordnen lassen?*

**Alois Neudorfer, Vöcklabruck**

Leserbriefe: [redaktion.nfz@fpoe.at](mailto:redaktion.nfz@fpoe.at)

Neue  
**Freie**  
 Zeitung

## BESTELLSCHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien  
 Tel: 01 512 35 35 - 29, Fax: 01 512 35 35 - 9  
 E-Mail: [jana.feilmayr@fpoe.at](mailto:jana.feilmayr@fpoe.at)

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- Halbjahrespreis € 15,-     
  Jahrespreis € 30,-     
  Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-  
 Auslandsjahresbezug € 73,-     
  Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450  
 Bestellungen auch per E-Mail: [jana.feilmayr@fpoe.at](mailto:jana.feilmayr@fpoe.at)

Name: \_\_\_\_\_ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe\*: \_\_\_\_\_  
 (Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: \_\_\_\_\_  
 (Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: \_\_\_\_\_ Geburtsdatum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt\*\*:

\* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

\*\* Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



# Baukostensenkung in Wien endlich umsetzen!

## FPÖ-Vizebürgermeister Nepp fordert ein „Aufwachen der SPÖ“

**D**er Baukostenindex im Wohnbau ist gegenüber dem Jänner 2017 erneut um 2,9 Prozent gestiegen. Damit wird die Errichtung neuer, leistbarer Wohnungen immer schwieriger. FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp fordert Gegenmaßnahmen ein.

Der „Österreichische Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen“ hat vergangene Woche auf erschreckende Zahlen hinsichtlich des Anstiegs von Baukosten aufmerksam gemacht. „Wenn 2.000 geförderte Wohnungen wegen zu hoher Baukosten in der Warteschleife geparkt werden müssen, dann muss der designierte Wiener Bürgermeister Michael Ludwig endlich was tun“, forderte FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp und erneuerte das Bekenntnis der Freiheitlichen, den geförderten Wohnbau wieder leistbar zu machen.



Nepp: Wien soll endlich wieder in sozialen Wohnbau investieren.

### Wien braucht Sozialwohnungen

„In Wien brauchen wir jede leistbare Wohnung. Jetzt zeigt sich akut, was Rot-Grün mit überzogenen Auflagen im geförderten Wohnbau angerichtet haben“, verweist Nepp etwa auf überhöhte thermisch-energetische Standards in der Bundeshauptstadt.

Die Wohnbauförderung müsse wieder zu einem Garanten der Leistbarkeit werden, klima- und

umweltpolitische Zielsetzungen sollten aber aus gesonderten Töpfen finanziert werden, fordert der FPÖ-Vizebürgermeister.

„Wohnbaustadtrat Michael Ludwig kann sich seiner Verantwortung nicht länger durch Sonntagsreden entziehen. Sei es in der Frage der Wohnbauförderung oder – wie jüngst – in der Causa um den Verkauf geförderter Wohnungen an Privatinvestoren“, betonte Nepp.

# Weg mit Drogenszene vom Bahnhof!

„Herzlichen Dank an die Exekutivkräfte, die am Wochenende zwei Drogendealer am Bahnhof Wien-Mitte dingfest machen konnten“, gratulierte der Landespartei-Sekretär der FPÖ-Wien, Michael Stumpf, der Polizei. Es sei höchste Zeit, die neuerdings stärker werdende Drogenszene rund um den hochfrequentierten ÖBB- und U-Bahn-Bahnhof wieder zurückzudrängen. Stumpf verweist auf die vorangegangenen Schwerpunktaktionen rund um die U-Bahn-Stationen Josefstädterstrasse oder am Praterstern, mit denen die Geschäfte der Drogenhändler durch zahlreiche Festnahmen unterbunden worden seien.

Der geschäftsführende Landstraßer FPÖ-Bezirksparteiobmann Dietrich Kops hofft auf eine Verstärkung der Sicherheitskräfte der Wiener Linien, die bei Verdacht auf kriminelle Handlungen die Polizei rufen und somit die Drogengeschäfte ebenfalls stören können: „Hier ist die verantwortliche amtsführende Stadträtin Ulrike Sima gefordert!“

Beide FPÖ-Politiker zeigten sich zuversichtlich, dass durch die angekündigte Aufstockung der Exekutivplanstellen in Wien für die Bevölkerung wieder mehr Sicherheit spürbar sein werde – auch rund um Drogenbrennpunkte wie den Bahnhof Wien-Mitte.



FPÖ fordert mehr Polizeikontrollen am Bahnhof Wien-Mitte.

## WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Als Gschropp hab ich meiner Lehrerin gesagt, der 71er sei die einzige Bim Wiens, die beinahe schnurgerade von einer Endstelle zur anderen fährt, und ich habe hinzugefügt: „Vom Mittelpunkt des Lebens bis ins Grab.“ Darauf bin ich noch heute stolz, ich bin für diese Bemerkung sehr gelobt worden.

### Der 71er

Früher ist der 71er ja tatsächlich von der Innenstadt, Schwarzenbergstraße, bis zum Zentralfriedhof, 3. Tor, gefahren.

Jetzt macht er knapp vor seiner ehemaligen Endstation einen Schwenk und fährt bis zur Börse, umgekehrt natürlich auch, man könnte sagen, vom Börserl des Wieners mit einer 90-Grad-Kurve bis zur Bahre.

Ist's symbolisch? Ich hoffe, die Blauen in der Regierung sorgen dafür, dass der symbolische 71er für die Penserln und überhaupt für die kleinen Leut' grobe Verspätung in Richtung Simmering hat. Einzelne Maßnahmen gibt's ja schon, weitere mögen folgen.

Und da es ums Gerstl geht, könnte ich mir auch vorstellen, dass mancher Insasse der Linie 71 so viel davon hat, dass er sich am Schwarzenbergplatz das Umsteigen in den D-Wagen zum Hauptbahnhof leisten kann und von dort einen Abstecher in den Süden macht.

Das wünsch ich auch meiner ehemaligen Lehrerin...'

BURGENLAND **Scheinbegehren**

Während die SPÖ-Burgenland das Volksbegehren unterstützt, warnt die FPÖ in der Person der Dritten Landtagspräsidentin Ilse Benkö ausdrücklich wie eindringlich vor der Initiative: „Nur weil's Frauenvolksbegehren heißt, hilft's den Frauen noch lange nicht. Im Gegenteil.“ Denn das Volksbegehren spreche sich für mehr Migration und leichtere Familienzusammenführung aus – gerade aus Kulturkreisen, in denen Frauen nichts wert sind und die Frauenrechte mit Füßen treten. „Das kann ich nicht unterstützen“, betonte Benkö.

STEIERMARK **Agentur bestätigt FPÖ**

Eine namhafte Ratingagentur hat der Steiermark erneut ein „AA“-Rating ausgestellt. Das Ernüchternde in diesem Zusammenhang



Foto: FPÖ Steiermark

ist allerdings, dass der Grünen Mark eine negative Finanzentwicklung vorhergesagt wird, zeigte Budgetsprecher Gerald Deutschmann auf: „Davor warnen wir seit Jahren, vergeblich.“

KÄRNTEN **Bestellter Persilschein?**

Nicht überrascht über die Einstellung des Verfahrens gegen SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser in der „Top-Team“-Affäre zeigt sich FPÖ-Landesgeschäftsführer Anton Schweiger. Die offensichtlich rot eingefärbte Oberstaatsanwaltschaft habe bereits 2016 per Weisung eine Anklage „abgedreht“, daher sei auch die heutige Einstellung absehbar gewesen: „Überrascht kann man jedoch über den Zeitpunkt der Einstellung sein. Denn dass zwei Wochen vor der Kärntner Landtagswahl der Zufall Regie führt, ist wohl schwer zu glauben.“ Die Bevölkerung müsse leider zur Kenntnis nehmen, dass die rote Reichshälfte in diesem Land Rechnungen ungestraft fälschen darf. „Wäre Kaiser ein freier Politiker, wäre eine Anklage wohl in Stein gemeißelt“, ist Schweiger überzeugt.

# Schluss mit der rot-grünen Stillstandspolitik in Kärnten!

Bürger können mit der FPÖ „Rot-Grün stoppen, Fortschritt wählen“

**K**ärntens Freiheitliche präsentierten ihre Wahlkampflinie für die verbleibenden zwei Wochen bis zur Landtagswahl am 4. März 2018

Künftig müsse die Landespolitik Projekte ermöglichen, statt sie, wie bisher, zu verhindern, führte Wahlkampfleiter Erwin Angerer gegen das „rot-grüne Experiment“ auf Landesebene ins Treffen: „Die Stillstandspolitik der letzten Jahre hat Tourismusprojekte am Mölltaler Gletscher und die Errichtung einer Magna-Fabrik in Kärnten verhindert – die jetzt in Slowenien errichtet wird!“

**Koalition zeigt vor, wie es geht**

FPÖ-Spitzenkandidat Landesrat Gernot Darmann nannte als zentrale Anliegen der FPÖ die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Sicherung der Einkommen und die Erhöhung der Sicherheit: „Hier orientieren

KÄRNTEN 

Foto: FPÖ Kärnten

**FPÖ** DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Stillstand beenden

**Zukunft gestalten**

Gernot Darmann

Am 4. März 

Letzte Plakatwelle der FPÖ setzt auf positive Veränderung für Kärnten.

wir uns an der neuen türkis-blauen Bundesregierung, die in zwei Monaten bereits mehr erreicht hat als Rot-Schwarz in den letzten zehn Jahren.“

Er vermisse aber auch klare Aussagen der anderen Parteien zur

Frauenpolitik in Kärnten. Für die FPÖ bestehe Frauenpolitik nicht in Debattenbeiträgen zu Quoten und „Gendern“, sondern aus konkreten Ansagen zur Verbesserung der Situation der Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft.

VORARLBERG 

## Wallners Theaterdonner

Dass der Kostenersatz für die Länder und Gemeinden aufgrund der Abschaffung des Pflegeregresses von Bundeseite sichergestellt werden muss, steht auch für die Freiheitlichen außer Frage. Allerdings hält FPÖ-Klubobmann Daniel Allgäuer nichts davon, wie hier ÖVP-Landeshauptmann Markus



Foto: FPÖ Vorarlberg

Allgäuer: „Landeshauptmann Wallner soll am Boden bleiben.“

Wallner mit Scheingefechten und Drohgebärden eine Diskussion zu führen gedenke.

„Wenn das Sozialministerium, basierend auf Zahlenmaterial, die Gespräche führen möchte, dann ist das keine Provokation, sondern eine grundvernünftige Herangehensweise. Zumal ja auch ÖVP-Finanzminister Hartwig Löger angekündigt hat, mit Ländern und Gemeinden den Einnahmenentfall errechnen zu wollen“, wunderte sich Allgäuer über den „parteilichen Theaterdonner“ des ÖVP-Landeschefs.

Der Landeshauptmann blende allzu gerne aus, dass das Ende des Pflegeregresses mit den Stimmen „seiner ÖVP“ im Parlament beschlossen worden sei. „Parteiliche Spielchen bringen uns daher in dieser Frage nicht weiter, die möge er in den ÖVP-Gremien inszenieren. Wallner wäre gut beraten, auf den Boden der Sachlichkeit zurückzukehren“, betonte der FPÖ-Klubobmann.

OBERÖSTERREICH 

Foto: FPÖ Oberösterreich

## Land zieht Lehre aus LRH-Bericht

Zufrieden mit der Sitzung des Sonderkontrollausschusses zeigte sich FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr: „Der Bericht des Landesrechnungshofes zur Finanzgebarung von Gemeinden wird in die notwendige Reform der Gemeindeaufsicht einfließen.“ Der Bericht habe am Beispiel St. Wolfgang schonungslos aufgezeigt, dass so Manches nicht korrekt gelaufen sei. „Wir werden das System auf neue Beine stellen. In unserer Verantwortung, mit dem zuständigen FPÖ-Landesrat Elmar Podgorschek, wird es so etwas nicht mehr geben“, versicherte Mahr.

SALZBURG 

Weg mit dem Bus-Terminal auf das Messegelände, fordert die FPÖ in der Stadt Salzburg.

# Busterminal in der Paris-Lodron-Straße auflassen!

## Grüne werfen ihre Grundsätze in der Verkehrspolitik über Bord

**Das Online-Buchungssystem für Reisebusse wird die Zahl der Busfahrten in der Stadt kaum verringern. Ein FPÖ-Vorschlag soll Abhilfe schaffen.**

„Wir sehen das Online-Buchungssystem für Reisebusse positiv und haben dieser Maßnahme auch zugestimmt. Den Standort Paris-Lodron-Straße halten wir jedoch für ungeeignet und wollen diesen aufgelassen wissen“, betonte der FPÖ-Klubobmann der Stadt-Salzburg, Andreas Reindl. Die Stadt investiert 2018 in den Umbau des Terminals und für

die Anschaffung eines Infopoints 193.400 Euro, zu denen noch 120.000 Euro jährlich für die Überwachung dazukommen. „Hier wird Steuergeld für Steinzeit-Verkehrspolitik eingesetzt, das lehnen wir Freiheitliche ab“, sagte Reindl, der als Alternative den Ausbau des Parkplatzes am Messezentrum als Busterminal vorschlug.

### Grünes Verständnisproblem

„Ich verstehe die Entscheidung der grünen Bürgerliste nicht, die bei diesem Beschluss des Ausbaus des Busterminals in der Paris-Lodron-Straße mitgestimmt

hat“, führt Reindl aus. Offensichtlich wurde nicht verstanden, dass sich alleine durch die Einführung des Online-Buchungssystems die Anzahl der 50.000 Busfahrten in die Altstadt nicht verringern werde. Nur durch das Aus für den Bus-Terminal in der Paris-Lodron-Straße würde es weniger Fahrten geben.

„Die Grünen haben mit ihrer Zustimmung ihre letzten Grundsätze in der Verkehrspolitik über Bord geworfen. Leider wurde hier die Chance verpasst, den Verkehr in der Innenstadt zu reduzieren“, ärgerte sich der freiheitliche Klubobmann Reindl.

## Nochmalige Überprüfung

Noch nicht abgeschlossen ist für die Innenstadtreferentin der FPÖ Wels, Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger, die Diskussion über den Verbleib der Bus-Dreh-scheibe am Kaiser-Josef-Platz.

Bei der Präsentation der Ergebnisse des „Bürgerrats und Bürgercafés“ war die zentrale Forderung eine Verlegung der Drehscheibe zum Bahnhof. Dass eine Verlegung nicht möglich wäre, sei für die Bürger nicht nachvollziehbar. „Der Kaiser-Josef-Platz soll den Charakter eines Hauptplatzes der

Stadt behalten. Aber beim Verbleib des Busterminals ist man bei der Umgestaltung des Platzes massiv eingeschränkt“, erklärte Raggl-Mühlberger und hinterfragte, ob tatsächlich alle Varianten im Bereich des Bahnhofes und des angrenzenden Postverteilerzentrums geprüft worden seien.

„Eine Verlegung muss noch einmal ernsthaft überprüft werden. Wir wollen die Anliegen des Bürgerrates ernst nehmen und die Innenstadt weiter lebenswert machen“, betonte die FPÖ-Politikerin.

OBERÖSTERREICH 

Raggl-Mühlberger: „Wir binden die Bürger in die Stadtplanung ein!“



LÄNDER-SACHE

Marlene Svazek  
FPÖ-Landesparteiobfrau Salzburg

Wenn ich heute von einem Kind gefragt werde, ob das, was in der Zeitung steht, wahr ist, dann müsste ich wahrscheinlich etwas ausholen.

Ich müsste nämlich erklären, dass es einen Unterschied zwischen Realität und journalistischer Wahrheit gibt.

## Kunst, zu unterscheiden

Medien wären gern das Fenster zur Außenwelt, im Idealfall. Mit Blick auf den gepflegten Innenhof oder auf den schäbigen Müllraum im Erdgeschoss. Manche Fenster sind schmutzig, weil sie nie ordentlich geputzt werden. Andere sind etwas verstaubt und hinterlassen an manchen Stellen sogar blinde Flecken.

Ich müsste erklären, dass es Journalisten gibt, die im direkten Wettbewerb zueinander stehen. Dabei geht es nicht nur um Auflage oder Quote. Es ist mehr so wie bei diesem Fast-Food-Restaurant am Ende der Straße. Dem es immer wichtiger wurde, das Schnellste zu sein, statt das Beste. Egal, ob das, was wir zu uns nehmen, nun wertvoll oder gesund ist.

Zeitlicher Druck und der nach den meisten Klicks in den sozialen Medien drängten die redliche Recherche immer weiter zurück.

Gleichzeitig müsste ich auch erzählen, dass es Redakteure gibt, die im Auftrag von Sponsoren handeln. Aber leider nicht so offensichtlich wie beim Bundesliga-Spiel am Wochenende mit Trikot- und Bandenwerbung.

Ja, aber ich würde auch erklären, dass nicht alle so sind. Denn eines sollten wir bereits unsere Kindern lehren: Die Kunst, zu unterscheiden. Mit der Hoffnung, dass sie einmal gute Journalisten werden.

GEZWITSCHER



Rudi Fußi

@rudifussi



Da muss ich schmunzeln. Der ORF war schon viel, unabhängig (von der Politik) war er noch nie.

19.02.18 06:54

Es gibt doch noch ein paar Linke, die im rot-grünen Gejammere zu einer ORF-Reform wissen, wer wirklich die Führung des ORF bestimmt: die Bundesregierung.

Bernhard Heinzlmaier

@bheinzlmaier



Das müssen sie doch selbst am besten wissen, erheben sie sich doch als Vertreter des Helikoptermoralismus täglich über die Menschheit.

18.02.18 16:21

Ehemaliger Linker hält neulinkem „Falter“-Chef dessen moralisches Überlegenheitsgetue vor.

Martin Langeder

@martinlangeder



Überall Störung: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht in vielen Ländern Europas in der Kritik. Was passiert dort gerade?

16.02.18 10:10

Den Staatssendern ergeht es wie allen Medien, die ihren Lesern nicht mehr berichten, sondern diesen bevormunden und belehren.

GEFÄLLT MIR



HC Strache

20.02.2018

Gestern gab es im Rahmen eines österreichisch-chinesischen Wirtschaftstermins ein Zusammentreffen (...) um die Wirtschaftsbeziehungen mit China im Interesse der österreichischen Wirtschaft nachhaltig zu stärken.



167 Personen gefällt das.

Vizekanzler HC Strache macht in Südkorea Politik für Österreich.

# Österreichs Medienszene ist auch am Faschingdienstag todernst

## Ein Satire-Posting von HC Strache sorgt für umfassende „Empörung“

Als „Angriff auf den freien Journalismus“ oder gar als „Gefahr für die Demokratie“ werteten Medienvertreter das als Satire gekennzeichnete Posting.

Nach der Verbreitung einer Falschmeldung und eines manipulierten Berichtes postete FPÖ-Obmann HC Strache am Faschingdienstag den Text: „Es gibt einen Ort, an dem Lügen zu Nachrichten werden. Das ist der ORF. ORF wie wir.“

### Entrüstung und Empörung

Angelehnt war das mit der Überschrift „Satire“ und einem Smiley gekennzeichnete Posting mit dem Bild von „ZiB2“-Moderator Armin Wolf an die ORF-Eigenwerbungslinie „ORF, wie wir“.



Der ORF, Armin Wolf und eine Menge Journalisten zeigten sich weder über das Posting noch über HC Straches Erläuterung desselben erfreut. Der ORF-Redakteursrat, der zu den „ORF-Pannen“ eisern geschwiegen hatte, empört sich mächtig über diese „systematische Beschädigen der beruflichen Reputation von Journalisten“. Wolf

kündigte seinerseits gar eine Klage gegen den Vizekanzler an.

Der „Kurier“, dem ORF in seiner Antipathie gegenüber der FPÖ um nichts nachstehend, mühte der Journalistenlegende Hugo Portisch auf einer Doppelseite eine Verteidigung des Journalismus ab mit der Conclusio: Die FPÖ ist eine Gefahr für die Demokratie.

## FPÖ IN DEN MEDIEN

Mit einem APA-Interview hat ORF-General Alexander Wrabetz Null Einsicht zu den Kritiken der FPÖ demonstriert. Im „Standard“ versucht er mit fadenscheinigen Argumenten – falscher Kameraschwenk

### Regierung möge „starken ORF außer Streit stellen“



in der „ZiB“ – von der inszenierten Kampagne gegen die FPÖ abzulenken. Den Gipfel der Unverschämtheit stellt seine Forderung nach einem „starken ORF“ dar: Sprich höhere Zwangsgebühren und noch mehr Wettbewerbsverzerrung.

Mit einer einwöchigen Schrecksekunde haben Tirols „Kulturschaffende“ auf die Forderung

### Warnung vor Regierung mit blauem Anstrich



des FPÖ-Spitzenkandidaten Markus Abwerzger reagiert, „keine öffentlichen Gelder für queere und feministische

Kunst“ ausgeben zu wollen. In der „Tiroler Tageszeitung“ jetzt das Urteil der Subventionsabhängigen: Eine Gefahr für die Demokratie.

HEINZ-CHRISTIAN STRACHE & MARKUS ABWERZGER

# TIROLER WAHLKAMPFFINALE

22.02.2018 / ab 19:30 Uhr / Rathausaal Telfs

## LIVESTREAM auf [fpoe.at](http://fpoe.at) & [f/hcstrache](https://www.facebook.com/hcstrache)

# Tennessee Williams' Tiergarten im Kleinforma

## 150 – und nicht 90 – Minuten bester Kitsch im Akademietheater

Einen zweiten Tisch hätten sie sich im Akademietheater leisten können, damit auf ihm die Menagerie der gläsernen Tiere Lauras zu stehen gekommen wäre. So aber gibt's nur einen, an dem trostlose Mahlzeiten eingenommen werden und an dem die einstige Südstaaten-schönheit, Mutter Amanda Wiegfield, ihre beiden Kinder Laura und Tom nervtötend zu großen Taten zu animieren versucht. Regina Fritsch tut das überzeugend, wenngleich mitunter zu leise artikulierend.

Tom, auch als Ansager fungierend, wird von Merlin Sandmeyer übertrieben gespielt, aber das Stück selber, ziemlich kitschig und peinlich, gibt ihm wenig Chancen. Er hat ein seines Jobs als Lagerhausarbeiter überdrüssiger Bursche zu sein, der nachts seinen Trost im Kino und im Saufen sucht.

Laura hingegen, ein schüchternes und körperlich benachteiligtes Mädchen, reduziert ihr Leben auf das Betrachten ihres zoologischen Glasgartens. Man nimmt's Sarah Viktoria Frick hundertprozentig ab.

### Ein Traum für gute Schauspieler

Der Vierte im Bunde ist der „nette junge Mann“ Jim O'Connor, den Tom eines Abends Laura zuliebe einlädt. Sie soll endlich Kontakt mit Männern haben.

Jim, ein Arbeitskollege Toms, erscheint jedoch unglaublich in Anzug und Krawatte, ganz das Gegenteil Toms. Martin Vischer müht sich damit ab.

Und wirklich kommt Laura aus ihrer selbstgewählten Einsamkeit heraus und tanzt sogar mit dem Besucher, bis er ihr angesichts ihrer Annäherung gesteht, verlobt zu sein.

Regie-Einfall Nummer eins David Böschs ist das in die Dachschräge der armseligen Wohnung eingebaute Fenster.

### Ein Fenster als Symbol

Es ist die Quintessenz der jeweiligen Stimmung im Hause Wiegfield. Trostlos regnet es anfangs auf die Glasscheibe, um später dreckig den Ausblick auf den Mond freizugeben.



Überzeugende Schauspielerleistung an nur einem Tisch.

In der herandämmenden Vorfreude auf den Besuch des jungen Mannes geht das Fenster auf und überschüttet die darunterstehende Laura mit Silberflocken.

Da ist Frau Holle mit ihrer Goldmarie Patin gestanden, denn am Ende der Tragikomödie steht Laura wiederum unter dem Schrägfenster, diesmal öffnet es sich jedoch, um das Mädchen mit einem desillusionierenden Regenguss zu begießen. Und Laura, jetzt die Pechmarie,

gibt sich wieder dem bisherigen Schicksal hin.

Jim hat ihrem Einhorn das Horn abgebrochen, sie hat es ihm zum Abschied geschenkt, denn jetzt ist es nur noch ein normales Pferd.

P.S. Dass das Rechnen in den Bundestheatern oft zu kurz kommt, weiß man aus Prozessberichten. Dass das Programmheft die Spieldauer des zweieinhalb Stunden-Stückes mit 90 Minuten angibt, bedarf keines Kommentars. hw

## Bernberger erneut zum Ortsparteichef gewählt

Beim Ortsparteitag der FPÖ Utzenaich wurde Gemeinderat Josef Bernberger einstimmig zum FPÖ Obmann wiedergewählt. Zu seinem Stellvertreter wurde Gemeindevorstand Thomas Beham bestellt.

Bezirksparteiobmann und Landesrat Elmar Podgorschek bedankte sich bei Obmann Josef Bernberger und der gesamten Ortsgruppe

für die gute Arbeit. „Wir wollen uns verstärkt den Anliegen und Sorgen der Utzenaicher annehmen“, so Bernberger bei seiner Ansprache. Derzeit ist die FPÖ mit fünf Mandatarn im Gemeinderat vertreten. „Das Wahlziel für 2021 steht schon fest. Die hauchdünne absolute Mehrheit der ÖVP muss weg!“, betonte Bernberger.



FPÖ-Landesrat Elmar Podgorschek (r.) gratulierte dem erfolgreichen Orstparteiohmann Josef Bernberger zur Wiederwahl.

FREIHEITLICHE JUGEND OBERÖSTERREICH

16+  
EINTRITT AUSNAHMENLOS  
ERST AB 16 JAHREN

# NACHT DER PATRIOTEN

SAMSTAG

24.2.2018 • 21 UHR

EINLASS BEREITS AB 20 UHR

OX - DIE ALM  
BAR & LOUNGE

STAR MOVIE RIED  
HANNESGRUB NORD 6

4910 RIED/TUMELTSHAM

ROT-WEIß-ROT  
OPENING  
UM 24 UHR

f FJ.OOE

# EINLADUNG

## ISLAMISCHE ZUWANDERUNG UND IHRE FOLGEN

DATUM: **MONTAG, 12. MÄRZ 2018**  
BEGINN: **19:00 UHR (EINLASS 18:00 UHR)**  
ADRESSE: **KURSALON HÜBNER  
JOHANNESGASSE 33, 1010 WIEN**

Begrüßung: **Johann Herzog**  
Präsident der Freiheitlichen Akademie Wien

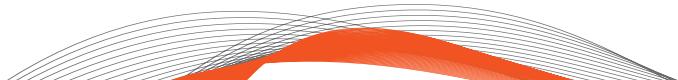
Impulsreferat: **Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S.**  
Geschäftsführender Klubobmann  
FPÖ-Parlamentsklub

Vortrag: **Prof. Dr. Bassam Tibi**  
Politikwissenschaftler syrischer Herkunft,  
Islamologe

Schlussworte: **Maximilian Krauss**  
Geschäftsführer Freiheitliche Akademie Wien,  
Stadtrat

Anmeldung erbeten: [akademie-wien@fpoe.at](mailto:akademie-wien@fpoe.at)  
oder unter der für diese Veranstaltung  
eingerrichteten Anmeldehotline:  
01/405-75-71/74 (10:00-14:00 Uhr)  
Nach der Veranstaltung laden wir zu  
Erfrischungsgetränken

**ACHTUNG:** Aufgrund der begrenzten Platzanzahl ist  
eine Anmeldung unbedingt erforderlich



### KULTURRING BRIGITTENAU

#### ORF – Backstage – Führung

Der Kulturring Brigittenuau lädt Sie am  
**Samstag, 10. März 2018 um 10 Uhr**  
sehr herzlich zur Führung durch den ORF ein.  
Treffpunkt ist um 09:45 Uhr vor dem Souvenirshop  
des ORF-Zentrums am Küniglberg.  
Kosten: € 8,80 pro Person

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Um verbindliche Anmeldung bis spätestens 3. März 2018 wird gebeten:  
[kopschar@utanet.at](mailto:kopschar@utanet.at) oder 0676 915 80 50



Podiumsdiskussion Di., 6.3.2018, 19 Uhr

#### Luxuswohnturm am Heumarkt - wächst Wien in die falsche Richtung?

**Palais Palfy, Figaro-Saal**  
Wien 1., Josefsplatz 6

**Diskutanten:**

SR Dipl.-Ing. **Thomas MADREITER**  
Planungsdirektor der Stadt Wien

Dipl.-Ing. Mag. Dr. **Bruno MALDONER**  
UNESCO- Experte

**Herbert RASINGER**  
Initiative Stadtbildschutz

Abg.z.NR KO Dr. **Walter ROSENKRANZ**  
Kultursprecher der FPÖ

LABg. **Ernst WOLLER**  
Vors. GRA Kultur, Wissenschaft und Sport

**Diskussionsleitung:**  
Komm.-Rat **Walter Prinz**  
Präsident des Cajetan-Felder-Instituts

Eintritt frei!

in Kooperation mit



**CFI** **Cajetan-Felder-Institut**  
Verein zur Förderung liberaler Kommunalpolitik